DY30/2313, SAPMO 11.6.1986

An die Sligt u. hand Les ?!

Berlin, 11. 6. 1985

12.6.86

Niederschrift

über die interne Beratung der Generalsekretäre und Ersten Sekretäre der Bruderparteien der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages am 11. 6. 1986 in Budapest

Genosse Janos Kádár eröffnete die Beratung. Er begrüßte die Teilnehmer und brachte seine Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages erfolgreich abgeschlossen wurde. Die führenden Genossen der Bruderparteien seien zusammengekommen, um eine Praxis fortzusetzen, die bereits in Sofia begonnen wurde, die Praxis des kameradschaftlichen und ungezwungenen Gesprächs der Leiter der Delegationen der Bruderländer des Warschauer Vertrages. Was in Sofia festgestellt wurde, wolle er nun von ungarischer Seite erneut bekräftigen. Diese Treffen stellten eine sehr nützliche Form der Zusammenarbeit dar. Sie werden eine sehr, sehr wichtige Form der künftigen praktischen Zusammenarbeit sein.

Zusammenkünfte in diesem Kreise hätten noch keine lange Geschichte, obwohl es sie früher bereits gegeben habe. Er glaube, es sei richtig, diesmal nur eine kurze Zusammenkunft durchzuführen, weil im Gespräch mit Genossen Michail Gorbatschow davon die Rede gewesen sei, in diesem Jahr, möglicherweise im Herbst in Moskau, noch einmal in diesem Kreise zusammenzukommen. Dort werde die Zeit nicht so beschränkt sein. Wie in Sofia bereits besprochen, werde jeder Genosse die Überlegungen vortragen können, die ihm am Herzen liegen.

Genosse Kádár dankte nochmals allen Genossen für ihre Teilnahme und erteilte Genossen Michail Gorbatschow das Wort. 2

Genosse Michail Gorbatschow brachte unter Bezugnahme auf die Worte des Genossen Ceausescu in seiner Rede auf der Tagung des PBA seine große Genugtuung über die Ergebnisse der Tagung zum Ausdruck. Die hier versammelten Bruderparteien hätten allen Grund, die in Budapest angenommenen Dokumente ohne Selbstüberschätzung als einen großen Schritt im Kempf für die Gesundung der internationalen Lage zu betrachten. Dieser Schritt sei um so wichtiger, wenn man die Situation in der Welt betrachte. Die feste und konstruktive Stimme aus Budapest werde ganz sicher in der Welt Gehör finden. Genosse Gorbatschow stimmte den Einschätzungen der Genossen Ceausescu und Kådår auf der Tagung des PBA zu und schätzte im Namen der sowjetischen Delegation die Atmosphäre auf der Tagung sehr hoch ein. Es sei wichtig gewesen, die Tagung gerade zu diesem Zeitpunkt durchzuführen. Er stimmte gleichfalls der geäußerten Meinung zu, daß die Zusammenarbeit sich gut entwickele.

Genosse Michail Gorbatschow sprach zu drei Punkten.

1. In der Arbeit der KPdSU nehme gegenwärtig die Vorbereitung der nächsten Tagung des ZK am 16. 6. die erste Stelle ein. Dort werde es um die Vorbereitung des Fünfjahrplanes gehen, der auf der kommenden Sitzung des Obersten Sowjets angenommen werde. Das auf der ZK-Tagung zu beratende Thema laute konkret: der 12. Fünfjahrplan und die Aufgaben der Partei.

Früher habe es die Praxis gegeben, daß entweder der Vorsitzende des Staatlichen Plankomitees oder der Vorsitzende des Ministerrates zu diesen Fragen gesprochen habe. Diesmal werde er selbst das Referat halten. Er werde die Aufmerksamkeit vor allem auf die Notwendigkeit der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung und auf die Aufgaben der Partei in diesem Prozeß richten. Die zentrale Frage bestehe darin, daß die Umstellung zu langsam

und zu schwerfällig vorankomme. Es gehe sowohl um das Umdenken insgesamt, als auch um die Umstellung bei der Lösung der wissenschaftlich-technischen Aufgaben und die Umstellung in der Arbeit der Partei. Er habe Genossen Kádár darüber ausführlich informiert und darauf hingewiesen, daß die ganze sowjetische Gesellschaft in Bewegung geraten sei. Es sei eine solche Situation herangereift, die es erforderlich mache, bedeutend schneller vorwärtszuschreiten. Die laufende Arbeit gehe insgesamt erfolgreich voran. Dort, wo die Dinge von der Sowjetunion selbst abhängen, gebe es Erfolge, so z.B. eine Steigerung von 5,7 % in der Industrieproduktion, von 6.8 % in der Landwirtschaft und von 10 % im Bauwesen. Aber es stehe die Aufgabe, den 12. Fünfjahrplan zu einer Wendemarke bei der Erreichung eines höheren Niveaus in der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und in der ganzen Volkswirtschaft zu machen. Die Materialien seien sehr gründlich vorbereitet worden. Das Plenum werde 3 1/2 Tage dauern und diese Aufgaben mit hohem Anspruch diskutieren. Wenn es sich notwendig mache, würden die Bruderparteien zusätzlich informiert werden. Die wichtigsten Materialien würden veröffentlicht werden.

Genosse Gorbatschow hob hervor, daß in der Sowjetunion jetzt sehr ernste Probleme stehen. Man habe alle Projekte sorgfältig analysiert, die für die Rekonstruktion in Frage kommen. Dabei sei man zu der Schlußfolgerung gelangt, daß man ein Drittel bis zur Hälfte der Projekte konservieren muß. Von vielen Projekten müsse man sich überhaupt trennen, denn sonst werde man nur den gegenwärtigen Rückstand konservieren. In diesem Zusammenhang sei eine völlige Neubewertung der Aufgaben des Maschinenbaus vorgenommen worden. Mit diesen Fragen beschäftige man sich in der Sowjetunion nun schon seit 1984. Alle Seiten des zwölften Fünfjahrplanes seien noch einmal grundlegend überprüft worden und würden auf dem Plenum im Mittelpunkt der Erörterungen stehen.

2. Genosse Gorbatschow gab eine ausführliche Information zur Frage der Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl. In etwa 10 bis 15 Tagen werde man über die Ursachen des Unglücks Genaueres sagen können. Bis zu diesem Zeitpunkt werde die Regierungskommission ihre Arbeit abgeschlossen haben.

Schon jetzt sei klar, daß eine Ursache darin bestanden habe, daß die Ordnung für den Betrieb der Reaktoren des Kernkraftwerkes verletzt wurde. Bei den Mitarbeitern sei ein gewisser Gewöhnungseffekt eingetreten. Alle seien sich absolut sicher gewesen, daß es sich bei den Reaktoren um eine Art "ewigen Motor" gehandelt habe. Diese Psychologie habe ihre Auswirkungen gehabt, das heißt, man sei nicht mehr mit der notwendigen Strenge an die Einhaltung aller Sicherheitsvorkehrungen heran-

gegangen. Jen Block 4 mein Experiment für die Erfüllung einer bestimmten Aufgabe durchzuführen. Diese Aktion wurde unüberlegt durchgeführt. Dadurch kam es zu einer Überhitzung des Reaktors und zum Ausstoß von Dampf, was dann zur Explosion führte.

Genosse Gorbatschow bemerkte, daß er keine technischen Details darlegen wolle. Gegenwärtig werde auch die Konstruktion des Reaktors vom Typ RBMK untersucht. Diesen Typ gebe es in den Kernkraftwerken der sozialistischen Länder nicht. Man untersuche alle technischen Aspekte und alle Aspekte der Bedingungen des Betriebs dieses Reaktors. Man wolle nicht so tun, als ob nichts weiter gewesen sei, als ob man die Situation voll in der Hand habe und rasch aus ihr herauskommen werde. Nach wie vor stehe man vor sehr schwierigen Problemen, deren Mehrzahl für die Sowjetunion neu sei. Vor allem gehe es um die Frage, wie man mit den Auswirkungen einer solchen Situation fertigwerden könne. All diese Fragen seien gründlich analysiert worden. Danach hätten das

Politbüro und die Regierung sehr ernste Entscheidungen gefaßt.

Es sei das Einfachste, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Es gehe aber jetzt vielmehr darum, solche realen Maßnahmen zu treffen, die die künftige Betriebssicherheit garantierten. Das sei gegenwärtig die Kernfrage.

Genosse Gorbatschow legte an Karten im folgenden dar, was in dem von der radicaktiven Strahlung betroffenen Gebiet gegenwärtig getan werde. Er wolle nicht über Details der Maßnahmen in der ersten Etappe sprechen. Auf der Grundlage der Empfehlung der Wissenschaftler sei das gesamte Gebiet, das einer besonderen Kontrolle bedürfe, in drei Teile eingeteilt wurden:

Dies sei erstens die "Zone der Entfremdung". Es handelt sich dabei um die Siedlung Pripjat und die unmittelbare Umgebung des Kernkraftwerkes, insgesamt eine Fläche von 910 Quadratkilometern. In dieser Zone betrage das Strahlungsniveau gegenwärtig immer noch über 20 Milliröntgen pro Stunde. Diese Zone sei für das Leben der Menschen und für die landwirtschaftliche Nutzung gesperrt. Aus diesem Gebiet wurden die Menschen in den ersten ein bis anderthalb Tagen evakuiert. Zum Glück war die Windrichtung so, daß die Siedlung und ihre Bevölkerung gerettet werden konnten. Anderenfalls wären sie nicht zu retten gewesen. Es sei jetzt schon klar, daß die Zone der Entfremdung zumindestens 20 bis 30 Jahre lang nicht bewohnbar sein werde.

In der zweiten Zone betrage die Strahlung gegenwärtig etwa 5 bis 10 Milliröntgen pro Stunde. Aus dieser Zone wurden die Menschen zeitweilig evakuiert. In zweieinhalb bis drei Monaten könne es dort schon anders aussehen als heute. Die dritte Zone sei die Zone der medizinischen Kontrolle. Dort sei der Aufenthalt der Bevölkerung möglich, jedoch unter strenger Beachtung von sanitären und hygienischen Vorkehrungen. Das heißt z. B., Gemüse müsse gewaschen. die Milch kontrolliert werden. In dieser Zone kehre die Strahlung allmählich zum natürlichen Niveau zurück. Es gebe jedoch auch hier noch verseuchte Stellen, wo es notwendig sei, alle Lebensmittel streng zu kontrollieren. Auch das gesamte umliegende Gebiet, einschließlich Minsk und Kiew, werde kontrolliert. In der Ukraine und in Belorussland mußten insgesamt über 100 000 Menschen evakuiert werden. Das habe vor allem die Siedlung Pripjat und die Stadt Tschernobyl betroffen, von wo 45 000 Menschen evakuiert wurden. Es falle ihm schwer über das Schicksal dieser Stadt zu sprechen. Dort werde man in den nächsten Jahren nicht leben können. Die anderen Evakuierten kommen aus 24 weiteren Ortschaften.

Die Menschen, die bisher in der "Zone der Entfremdung" gelebt hatten, müßten völlig neu angesiedelt werden. Noch im Monat Juni werde ihre Unterbringung an neuen Arbeitsstellen abgeschlossen. Im Oktober soll ihre Versorgung mit neuem Wohnraum beendet sein.

Die Evakuierung und Unterbringung der Menschen habe bisher ungefähr 330 Millionen Rubel gekostet. Für die medizinische Betreuung wurden 600 Ärzteteams geschaffen, die bisher zirka 600 000 Menschen untersuchten. Davon wurden 22 000 stationär behandelt. Zirka 300 Menschen seien mit Symptomen der Strahlenkrankheit eingeliefert worden. Bei einigen habe sich dies nicht bestätigt.

Die offiziell in diesem Zusammenhang veröffentlichten Zahlen seien alle richtig. Unmittelbar während der Havarie kamen zwei Menschen ums Leben. 187 Menschen wurden wegen Strahlenkrankheit behandelt. 24 davon seien verstorben. Darüber hinaus gebe es z. Zt. immer nach weitere? 23 schwere Fälle.

Von Anfang an wurde eingeschätzt, daß etwa 50 Personen nicht zu retten seien.

Inzwischen seiem Beschlüsse über die Versorgung der Bevölkerung mit Arbeit und Wohnung gefaßt worden. Es sei eine Entscheidung über die Konservierung des vierten Blocks im Kernkraftwerk Tschernobyl getroffen worden. Die Aufgabe bestehe jetzt darin, den vierten Block vom dritten Block zu trennen. Zu diesem Zweck werde eine Mauer von mehreren Metern Stärke gebaut. An diesem Ort sei die Strahlung sehr hoch, deshalb seien die Arbeiten sehr schwierig. Man benutze Roboter und spezielle Technik.

Über den havarierten Reaktor werde eine Konstruktion aus Aluminium errichtet, die dann mit Beton ausgegossen werde. So entstehe eine Metall-Beton-Konstruktion. Die Arbeit habe jedoch gezeigt, daß es unmöglich sei, eine Grabstätte in der Art der Cheopspyramide zu bauen. Darunter könnten die Reaktionen weiterlaufen, es staue sich Wärme, die abgeleitet werden müsse. Auch andere Fragen seien zu lösen. Das heißt, ein ganzer Komplex von wissenschaftlich-technischen Maßnehmen müsse durchgeführt werden, die eine ständige Kontrolle der Prozesse in diesem "Grab" weiter garantiere

Die Blöcke eins und zwei seien unter Kontrolle, die Lage dort sei normal. Mit dem dritten Block könne man wenig anfangen. Erst wenn die Mauer errichtet sei und die Strahlung zurückgehe, könne man sich mit diesem Block näher befassen.

Die Konservierung werde etwa 300 Millionen Rubel kosten. Es sei ein sehr ausgeklügeltes Projekt ausgearbeitet worden. Unter das Fundament des Reaktors bauten die Metrobauer in einigen Dutzend Metern Tiefe mehrere Tunnel. Dort. werde ebenfalls Eisenbeton eingebracht, um der Konstruktion

Festigkeit zu geben. Es würden weitere Maßnahmen eingeleitet, um bei Wärmeentwicklung Stickstoff hineinzubringen. Wichtig sei auch, zu verhindern, daß das
Grundwasser verseucht werde. All das bedeute, daß eine
technisch außerordentlich komplizierte Konstruktion notwendig sei.

Beim Fassen aller notwendigen Beschlüsse sei zu berücksichtigen gewesen, daß für die Evakuierung und die Schaffung der notwendigen Arbeits- und Lebensbedingungen ungefähr 1 Milliarde Rubel aufgewendet werden müssen. Dazu kommen etwa 800 Millionen Rubel für die Konservierung und alle anderen technischen Maßnahmen im Kernkraftwerk selbst. Insgesamt betrage die aufgewandte Summe im ersten Jahr nicht weniger als zirka drei Milliarden Rubel. Dazu kommen 20 Milliarden kW/h Verlust an Elektroenergie aus diesem Kernkraftwerk.

Genosse Gorbatschow betonte, daß all das für das Sowjetland eine schwere Prüfung sei. Man müsse daraus für alle Länder Lehren ziehen. Überall gebe es viele Kernreaktoren, sowohl für zivile, als auch für militärische Zwecke. Es sei bereits eine umfangreiche Kernenergiewirtschaft entstanden.

In der Sowjetunion werde dieser gesamte Fragenkomplex gegenwärtig sorgfältig analysiert. Wenn Ergebnisse vorliegen, würden die Bruderparteien informiert werden. Da alle Bruderländer Kernkraftwerke betrieben, müßten sie sich gemeinsam mit dieser Frage befassen. Natürlich verstehe es sich von selbst, daß operativ gegenwärtig alle Kernkraftwerke kontrolliert würden, was die Ordnung und die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen betreffe.

Auch die gegenwärtig benutzten Konstruktionen von Reaktoren und Kernkraftwerken seien einer genauen Untersuchung unterzogen worden. Das bisherige Ergebnis sei, daß die Konstruktion selbst nicht in Frage gestellt werde. Die von der Sowjetunion hergestellten Typen hielten allen Vergleichen mit westlichen Modellen stand. Sie entsprechen auch den Bedingungen der IAEA. Jetzt werde die Frage der Ausführung der Arbeiten bei der Errichtung von Reaktoren untersucht.

Nach wie vor werde in dem Gebiet der Havarie außerordentlich schwer, Tag und Nacht gearbeitet. Alles Notwendige wurde in den ersten Stunden getan. Dies geschah ohne ein Blatt Papier, alles wurde sofort entschieden. Es gebe in der Sowjetunion Stimmen, die folgendes sagten: Wenn wir überall in normalen Zeiten so arbeiten würden, wären wir heute schon im Kommunismus. Die große Mehrzahl der Menschen habe mit gewaltigem Einsatz gearbeitet. Natürlich habe es bei einzelnen auch Panik und Unruhe gegeben.

Genosse Gorbatschow schikerte ein Erlebnis bei seinem Besuch im Stadtbezirk Krylatskoje in Moskau vor einigen Tagen. Er traf dort einen Mitarbeiter aus dem Kernkraftwerk Tschernobyl, der ihn fragte ob alle, d. h. auch die die in Tschernobyl arbeiten, Wohnraum erhalten. Genosse Gorbatschow bejahte dies und fragte den Arbeiter, weshalb dieser aus Tschernobyl nach Moskau gekommen sei. Der Mitarbeiter erklärte, daß er nach Moskau kam, um dort seine Familie wiederzufinden. Das heißt, es gab Erscheinungen wie im Krieg. Es wurde evakuiert, die Familien wurden getrennt und finden sich dann erst allmählich wieder. All das sei außerordentlich ernst. Man dürfe die Lage und die Folgen in keiner Weise bagatellisieren.

Das Unglück in Tschernobyl sei aufs engste mit der Abrüstungsproblematik verbunden. Die Mediziner in der ganzen Welt sagten ganz eindeutig, daß es keine medizinische Hilfe gebe, wenn es zu einem Atomkrieg komme. Darin seien sich die sowjetischen wie die amerikanischen Ärzt einig. Genosse Gorbatschow schloß damit die vertrauliche Information zu dieser Frage ab. 3. Genosse Gorbatschow informierte über die kürzlich durchgeführte Beratung im Außenministerium der UdSSR. In der Geschichte der sowjetischen Diplomatie sei erstmalig eine solche Beratung durchgeführt worden. Man habe erkannt, daß auf diesem Gebiet eine größere Kontrolle der Partei erforderlich sei. Vor allem sei eine klare Orientierung nötig, und es müsse ein stärkerer parteilicher Geist hineingetragen werden. Er selbst habe ein Referat von 2 1/2 Stunden gehalten. In einer aufgeschlossenen Atmosphäre habe es eine sehr gründliche Aussprache gegeben. Es seien viele Fragen angesprochen worden, die alle Richtungen der außenpolitischen Tätigkeit der UdSSR betreffen. Das Hauptproblem bestehe darin, daß es noch viel Trägheit und altes Denken gebe, daß die sowjetische Diplomatie die Erfordernisse der gegenwärtigen dynamischen Entwicklung nicht genügend beachte. Hinsichtlich ihres Herangehens, der Analyse und der Reaktion auf viele Ereignisse sei die Arbeit des außenpolitischen Apparates nicht auf der Höhe der Aufgaben. Die Genossen hätten jedoch auch vieles Kritische zur Arbeit der Zentrale gesagt, was ebenfalls zu diesem Zustand beitrage. Kurz gesagt, es sei beschlossen worden, auch diese Sphäre zu modernisieren und voll auf die Erfordernisse der inneren und der internationalen Entwicklung einzustellen. Genosse Gorbatschow habe auch sehr nachdrücklich das Thema der Vervollkommnung der Zusammenarbeit in der sozialistischen Gemeinschaft unter Berücksichtigung der Realitäten der gegenwärtigen Welt behandelt. Zentrales Thema dieses Teils sei die konkrete Ausgestaltung des immer engeren Zusammenwirkens der sozialistischen Länder gewesen. Nach seiner Meinung bestehe ein großer Bedarf an mehr gemeinsamen Aktionen, an aktiverer Teilnahme der sozialistischen Länder an der Ausarbeitung der außenpolitischen Linie und der Taktik, was auf der Grundlage einer abgestimmten Linie auch eine bestimmte Arbeitsteilung einschließt. Er habe bereits mit Genossen Kádár über diese Fragen gesprochen und auch versucht, in seiner Rede auf der

Tagung des PBA diese Erfordernisse in allgemeiner Form zu formulieren. Es sei durchaus nicht notwendig, daß alle Initiativen unbedingt von der Sowjetunion ausgehen. Wichtig sei, daß die Bruderländer eine gemeinsame Basis, eine abgestimmte Linie besitzen. Auf dieser Grundlage gebe es viele Möglichkeiten für Initiativen der jeweiligen sozialistischen Länder.

Auf der Beratung wurde die Frage sehr scharf gestellt, daß die Erklärungen der Bruderländer auf höchster Ebene in kürzerer Frist durch konkrete Vorschläge in Verhandlungen untersetzt werden müssen. Hier bestehe gegenwärtig eine Kluft. Es gebe gute politische Erklärungen, die gemeinsam abgestimmt werden. Die konkrete Verhandlungspraxis bleibe jedoch oft dahinter zurück, weil man nach wie vor nach alten Methoden und im alten Trott arbeite.

Ebenfalls sehr scharf wurde die Frage der Effektivität der Einwirkung der außenpolitischen Dienste auf die internationale Öffentlichkeit diskutiert. Die ideologische Absicherung der außenpolitischen Initiativen des Sozialismus bedürfe dringend einer Vervollkommnung.

Insgesamt habe man gesehen, daß auch die Struktur des Außenministeriums veraltet sei und den heutigen Erfordernissen nicht mehr entspreche. Es sei der Beschluß gefaßt worden, eine Reorganisation der Struktur des Außenministeriums und aller territorialen Richtungen der Außenpolitik durchzuführen. Dabei sei besonders die europäische Richtung hervorgehoben worden, für die eine besondere Struktureinheit geschaffen worden sei. Weitere Struktureinheiten seien für den Warschauer Vertrag, den RGW und die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit gebildet worden. Gegenwärtig gebe es keine organische Verbindung zwischen dem Außenministerium und den Dienststellen für die ökonomische Zusammenarbeit.

Auch die funktionellen Glieder des Außenministeriums seien verändert worden. Es wurde eine Verwaltung für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung geschaffen. Dies sei eine fundamentale Frage, die Fachleute mit speziellem Wissen erfordere. Weiterhin seien Abteilungen für die friedliche Nutzung der Kernenergie, für Weltraumfragen, für Fragen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und für humanitäre Fragen gebildet worden. Die Planungsabteilung wurde in eine Verwaltung für Analyse und Prognose umgewandelt.

Die Presseabteilung des Außenministeriums sei bisher schwach gewesen. Jetzt habe man eine Verwaltung für Information, Arbeit mit der Presse und Propagandatätigkeit gebildet. Diese Struktureinheit wurde unter Berücksichtigung der Realitäten und der Rolle des Außenministeriums in diesen Fragen geschaffen.

Genosse Gorbatschow betonte, er halte es für notwendig, über diese Fragen zu sprechen, weil es sich um wichtige Probleme handle. Er gehe davon aus, daß die außenpolitische Tätigkeit der Bruderländer initiativreich und aktiv sein müsse und daß es darauf ankomme, die Kräfte richtig zu verteilen.

Genosse Kadar habe die Frage regulärer, planmäßiger Treffen der Generalsekretäre der Bruderparteien der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages aufgeworfen. Wenn die Genossen einverstanden seien, wolle Genosse Gorbatschow im Namen der sowjetischen Führung die Genossen für den Herbst nach Moskau einladen und dort ein solches Treffen durchführen. Es komme noch darauf an, einen Termin zu finden, der allen zusage. Auf diesem Treffen könne jeder die Fragen stellen, die ihn bewegen. Es komme darauf an, die Hauptkettenglieder zu finden, die gemeinsam angepackt werden müßten. Sicherlich sei es richtig,

für jedes Treffen ein solches Hauptkettenglied, ein Hauptthema zu finden. Auf der Tagung des PBA sei ein wichtiges Thema, die Integration und das ernsthafte Voranbringen der ökonomischen Zusammenarbeit angesprochen worden. Vielleicht wäre es günstig, dies als Thema für das nächste Treffen festzulegen. Wenn die Genossen einverstanden seien, könne man dies als vereinbart betrachten.

Wenn die Genossen mit einem Treffen in Moskau prinzipiell einverstanden seien, werde die KPdSU die Initiative hinsichtlich der Terminabstimmung übernehmen. Man könne dort auch darüber sprechen, was im RGW getan werden müsse. Allerdings gehörten zum RGW weitere Länder. Es wäre netwendig, daß Genosse Fidel Castro und andere Genossen sich nicht übergangen fühlen. Deshalb sei zu überlegen, in welchem Rahmen das Treffen durchgeführt werden solle, im Rahmen des Warschauer Vertrages oder des RGW.

(Genosse Erich Honecker bemerkte, daß das Treffen im Rahmen des Warschauer Vertrages durchgeführt werden sollte. Genosse Todor Shiwkow äußerte die Meinung, daß man im bisherigen Rahmen zunächst prinzipielle Fragen beraten und danach die anderen Teilnehmerländer des RGW hinzuziehen könne.)

Genosse Michail Gorbatschow wies darauf hin, daß ein solches Treffen zu ökonomischen Fragen gut vorbereitet werden müsse, damit die Organisatoren nicht zu viel Freiheit hätten. Auch er neige zu der Meinung, die Fragen zunächst im engeren Kreis zu beraten und dann weitere sozialistische Länder hinzuzuziehen.

Im weiteren informierte Genosse Michail Gorbatschow über den Stand der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Er wies darauf hin, daß er in Budapest die Nachricht erhalten habe, um die Gesundheit Reagans sei es schlecht bestellt. Er leide an Schwindelgefühlen und an Schmerzen in der Bauchgegend. Es habe die Frage gestanden, ihn ins

Krankenhaus einzuweisen. Rein menschlich gesehen, könne man darüber nur Anteilnahme äußern. Aber dieser Fakt sei im politischen Sinne für die gesamte Situation bedeutsam. Es sei z.B. bemerkenswert, daß Außenminister Shultz über die Absage an den SALT-II-Vertrag vorher nicht informiert war. Dies widerspiegele die reale Situation.

Das sowjetisch-amerikanische Gipfeltreffen werde also auch von dieser Seite problematisch. Die Sowjetunion wisse sich in dieser Frage einig mit den Bruderländern. Diese gemeinsame Position sei auf der Tagung des PBA zum Ausdruck gebracht worden. Die Bruderländer ließen sich nicht vom politischen Dialog abbringen, ungeachtet dessen, was die andere Seite tue. Unser konstruktiver Kurs werde unbeirrt fortgesetzt, zumal man in allen Richtungen, nicht nur in der europäischen Richtung, spüre, daß man in der Welt dem Dialog zugeneigt sei und mit ihm sympathisiere.

Wenige Tage vor der Abfahrt des Genossen Gorbatschow nach Budapest habe er eine weitere persönliche Botschaft von Reagan erhalten. Darin habe er ihm nichts wesentlich Neues mitgeteilt. Sie war jedoch in einem ruhigen und umgänglichen Ton gehalten. Erneut sei er von Reagan zu einem Treffen eingeladen worden. Auch das sei charakteristisch. Die sowjetische Seite überlege noch ihre Antwort, aber die Grundformel werde die gleiche sein. Wenn es etwas Substantielles zu beraten gebe, werde Genosse Gorbatschow zu diesem Treffen gehen.

Zur Politik gegenüber der BRD legte Genosse Gorbatschow folgendes dar: Er sei der Meinung, daß die sozialistischen Länder eine bewährte Linie des Drucks auf die Regierung Kohl haben. Die Regierung der BRD beginne, dies zu spüren. Die Sowjetunion habe der BRD-Regierung folgende Auffassung übermittelt: Wenn Bonn irgend etwas Neues im Vergleich

